



SCHWEIZERISCHER BUNDES RAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

1452

Décision

Extraordinaire

Decisione

2 septembre 1985

Accueil et assistance des demandeurs d'asile

Vu le papier de discussion du DMF du 30 août 1985
 Vu le papier de discussion du DFJP du 2 septembre 1985

Après délibération, il est

décidé:

Il est pris acte des notes qui serviront de base à la discussion avec les présidents de partis.

Pour extrait conforme,
 le secrétaire:

Extrait de protocole

- Mme et MM. les Conseillers fédéraux 7 à c.
- M. le Chancelier de la Confédération 1 à c.
- MM. les Vice-chanceliers 2 à c.





EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

3003 Bern, 2. September 1985

An den Bundesrat

Aussprachepapier zu den Problemen im Asylbereich

1. Sonderregelung Pendenzenberg; Ergebnis der konferenziellen Vernehmlassung vom 27. August 1985

Anlässlich der konferenziellen Vernehmlassung vom 27. August 1985 haben die Kantone den Entwurf zu einem Bundesbeschluss über die ausserordentliche Erteilung einer Anwesenheitsbewilligung an Asylbewerber mit 16 zu 10 Stimmen abgelehnt. Befürwortet wurde eine Sonderregelung namentlich von den Westschweizer Kantonen; die hauptsächlich betroffenen Kantone der Deutschschweiz wandten sich strikte dagegen (Beilage 1). Namentlich die Kantone Waadt und Genf machten ihre Zustimmung allerdings davon abhängig, dass die zu regelnden alten Asylbewerber besser auf die Kantone verteilt würden. Mit anderen Worten erwarteten sie, dass eine erhebliche Zahl Asylbewerber von Deutschschweizer Kantonen übernommen würde. In Anbetracht der grundsätzlich ablehnenden Haltung, kann eine entsprechende Bereitschaft dieser Kantone ausgeschlossen werden. Der vorgeschlagene Bundesbeschluss ist nach unserer Beurteilung demzufolge politisch nicht realisierbar, und wir beantragen, das Geschäft nicht mehr weiterzuverfolgen.

2. Vorgesehene und mögliche Massnahmen

2.1 Vorbemerkungen

Die Ablehnung der Sonderregelung bedeutet, dass alle hängigen Asylgesuche individuell abgebaut werden müssen. Dies ist unter den gegenwärtigen Voraussetzungen nicht möglich. Es sind

daher andere Wege zu suchen, um die notwendige Handlungsfreiheit wieder zu erreichen. Es wäre indessen verfehlt, durch überstürzte Massnahmen seitens der Bundesbehörden den Eindruck der Hilf- und Ratlosigkeit zu erwecken.

Es ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass die Ablehnung der Sonderregelung nicht als Misstrauensvotum der Kantone gegenüber dem Bund interpretiert werden kann. Bei der Vernehmlassung wurde vielmehr von mehreren Seiten die Tatsache, dass eine ungewöhnliche Lösung vorgeschlagen wurde, positiv gewürdigt. Es überwogen letztlich aber hauptsächlich verfassungsrechtliche und staatspolitische Bedenken, die auch uns von Beginn an durchaus bewusst waren.

2.2 Asylgesetzrevision II

Hauptziel der Asylgesetzrevision II, die sich noch bis Ende September in der Vernehmlassung befindet, ist eine erhebliche Erhöhung der Flexibilität. Einerseits soll die erste Instanz gestützt auf die Akten entscheiden können; andererseits soll dem Bundesrat die Kompetenz gegeben werden, nicht nur in den klassischen strategischen Fällen, sondern auch bei grossem Zustrom von Asylbewerbern in Friedenszeiten vom Gesetz abweichende Bestimmungen zu erlassen.

Der Ihnen zur Kenntnis gebrachte Zeitplan sieht vor, dass der Zweitrat die Vorlage in der Frühjahrssession 1987 behandelt. Dieses Verfahren kann, wenn auch mit Mühe, beschleunigt werden.

2.3 Personalmassnahmen

2.3.1 Ursprüngliche Ausgangslage

Unsere Personalbegehren gingen von der Annahme aus, dass jährlich 6000 Gesuche zu behandeln sind und ein Mitarbeiter 4 Fälle pro Woche bearbeiten kann. Diese Hypothese hat sich als falsch erwiesen.

Der Anteil der Asylbewerber aus Ländern der Dritten Welt, mit beträchtlich schwieriger abzuklärenden Sachverhalten, ist massiv angestiegen. Der Anteil der arbeitsintensiveren, negativen Asylentscheide ist gestiegen. Die Personalbeschlüsse erfolgten mit Verspätung, und die Personalrotation ist, insbesondere wegen der befristeten Stellen, über Erwartungen gross. Die durchschnittliche Nennleistung pro Mitarbeiter liegt deshalb heute bei 3 - 3 1/2 Fällen pro Woche. Parallel dazu hat sich die Asylbewerberzahl nicht stabilisiert, sondern ist im Ansteigen begriffen und hat im Juli 1985 den höchsten je registrierten Monatswert erreicht (1035 Personen).

Die Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass das strategische Ziel, durch rasche Entscheide und eine konsequente Wegweisungspraxis die Zahl der Asylbewerber zu senken und mit dem freiwerdenden Personal die Pendenzen abzubauen, nicht erreicht wurde.

2.3.2 Neue Personalbegehren

Mit Blick auf allfällige Personalbegehren sind zwei Aspekte auseinanderzuhalten

- Personal für die Behandlung neuer Gesuche
- Personal für den Pendenzenabbau

Behandlung neuer Gesuche

Im März 1985 konnten erstmals mehr Gesuche entschieden werden als neu eingereicht wurden. Durch die massive Zunahme im Juli wurde diese Entwicklung gestoppt; die neuen Gesuche übersteigen wiederum die Leistungskapazität. Für August 1985 sind ähnliche Zahlen wie im Juli zu erwarten. Bevor für die Behandlung neuer Gesuche die Einstellung zusätzlichen Personals beantragt wird, scheint es angebracht, die weitere Entwicklung bis mindestens September dieses Jahres noch abzuwarten. Bestätigt sich der steigende Trend, müssten nach einer ersten Beurteilung zur laufenden Bearbeitung der neuen Gesuche zusätzlich rund 30 Mitarbeiter eingestellt werden.

Es besteht bei den Kantonen, aber auch bei allen europäischen Staaten, Konsens darüber, dass in den kommenden Jahren mit permanent hohen Asylbewerberzahlen zu rechnen ist.

Es ist deshalb unumgänglich, nicht zuletzt um die effizienzsenkende Personalrotation zu verringern, dass der für die Behandlung von 6000 Gesuchen pro Jahr heute vorhandene Basisbestand an Mitarbeitern, meistens Hilfskräfte, in Etatstellen übergeführt wird. Finanzrelevant würde eine solche Massnahme ab 1989, da die Personalkosten entsprechend der bis 1988 bewilligten Hilfskräfte bereits berücksichtigt sind.

Ein Antrag auf Umwandlung der Stellen wird Ihnen demnächst unterbreitet.

Pendenzenabbau

Wie erwähnt, ist mit dem verfügbaren Personal ein Pendenzenabbau nicht möglich (vgl. Ziff. 2.3.1). Die individuelle Behandlung der alten Gesuche entspricht einem Aufwand von 60 Mannjahren. Zweckmässigerweise sollten dazu 30 zusätzliche Mitarbeiter für 2 Jahre im Hilfskräfteverhältnis eingestellt werden.

Einen entsprechenden Antrag werden wir Ihnen unterbreiten.

2.4 Wegweisungspraxis

Die ablehnende Haltung der Mehrheit der Kantone gegenüber der Sonderregelung darf nicht dadurch unterlaufen werden, dass nunmehr bei den alten Fällen auf eine konsequente Wegweisung verzichtet würde. Denkbar ist zwar eine leicht erhöhte Flexibilität in Härtefällen im Rahmen der bisherigen Praxis. Wo von vorneherein feststeht, dass nach der Durchführung des Asylverfahrens bei negativem Ausgang die Weiterreise in einen Drittstaat oder die Rückkehr in den Herkunftsstaat undurchführbar oder unzumutbar sind, wird in Einzelfällen eine frühzeitige Internierung möglich sein, sofern der Ausländer auf die Durchführung des Asylverfahrens verzichtet. Eine wesentliche Personaleinsparung lässt sich jedoch durch eine solche Praxis nicht erzielen.

2.5 Erhöhung der Flexibilität im Rahmen des geltenden Rechts

2.5.1 Vorbemerkung

Departement und Bundesamt für Polizeiwesen haben in den vergangenen Jahren alle Anstrengungen unternommen, um Arbeitsabläufe zu optimieren und die Effizienz zu steigern. Die noch vorhandenen Möglichkeiten zur Leistungssteigerung sind deshalb beschränkt und rufen gewissen Bedenken.

2.5.2 Struktur und Organisation der Abteilung Flüchtlinge

Die im Zusammenhang mit der Personalaufstockung notwendig gewordene Umstrukturierung der Abteilung Flüchtlinge bewährt sich. Namentlich die Gliederung von Länderspezialisten in Verfahrenssektionen gewährleistet einen optimalen Arbeitseinsatz. Zusätzliches Personal könnte ohne grundsätzliche Umstrukturierung organisch in die Abteilung eingegliedert werden. Eine betriebswirtschaftliche Ueberprüfung durch das Bundesamt für Organisation war positiv (Beilage 2). Befragung vor dem Bundesamt verzichtet werden könnte.

Schwierigkeiten im Hinblick auf eventuelles zusätzliches Personal könnten allerdings im Zusammenhang mit der Standortfrage entstehen. Anzustreben wäre unbedingt eine möglichst zentrale Unterbringung, weil mit einer weiteren Dezentralisierung die Reibungsverluste zu hoch werden. (Heute bereits 3 Standorte).

2.5.3 Entscheidredaktion

Die Nennleistung von 3 bis 3 1/2 Fällen pro Woche und Mitarbeiter erscheint auf den ersten Blick gering. Der durchschnittliche Zeitaufwand für die einzelnen Verfahrensschritte für die mehrheitlich negativen Asylentscheide lässt sich jedoch kaum mehr kürzen (Beilage 3).

Ein negativer Asylentscheid setzt sich schon heute zu 80% aus Textbausteinen zusammen. Eine weitere Vereinfachung läge lediglich noch im Verzicht auf individuelle Motivation (Standardmotivation und Formularentscheid), was in Anbetracht der Materie rechtsstaatlich und menschlich problematisch ist. Der mögliche Rationalisierungseffekt wird zur Zeit trotzdem geprüft.

2.5.4 Verfahrensvereinfachungen

(Der Revisionsvorschlag Art. 16 Asylgesetz ist ausgeklammert).

Verschiedentlich wird die Frage gestellt, ob nicht ein summarisches Verfahren im Einzelfall möglich sei.

Das öffentliche Recht des Bundes kennt das "summarische Verfahren" nur in Form von Art. 109 OG. Charakteristik eines summarischen Verfahrens ist, dass allein gestützt auf die Akten entschieden werden kann. Dies würde, umgesetzt auf das Asylverfahren bedeuten, dass auf die persönliche Befragung vor dem Bundesamt verzichtet werden könnte.

Mit der Asylgesetzrevision I wurde wohl eine Bestimmung eingeführt, die es erlaubt, bei offensichtlich unbegründeten Asylgesuchen von einer persönlichen Befragung abzusehen (Art. 16 Abs. 5 und 6 Asylgesetz). Ein Minderheitsantrag im Nationalrat, die Kategorien solcher Gesuche im Gesetz abschliessend aufzulisten, unterlag nur deshalb, weil sich der Bundesrat quasi verpflichtete, die damals vorgestellten und heute in Art. 7a der Asylverordnung aufgezählten Fallgruppen nicht auszudehnen. Rechtlich wäre eine Erweiterung von Art. 7a der Verordnung zwar möglich; sie käme indessen nach dem Gesagten einem Wortbruch gegenüber dem Parlament gleich und ist deshalb, nicht zuletzt mit Blick auf den Revisionsvorschlag betreffend Art. 16 des Asylgesetzes, politisch nicht zu verantworten.

3. Sonderfall Tamilen

Die Lage in Sri Lanka hat sich im Vergleich zu Ihren Beschlüssen im Dezember 1984 bzw. im Juni 1985 nicht verändert. Nach dem Scheitern der Gespräche in Bhutan ist die Lage eher wieder instabiler geworden. Eine Aufhebung des Rückschaffungsstopps wäre deshalb nur zu begründen, wenn man heute in die Zumutbarkeit einer Rückreise anders beurteilen würde. Auch unter Berücksichtigung der innenpolitischen Situation scheint uns der Zeitpunkt dazu verfrüht. Eine sofortige Aufhebung des Rückschaffungsstopps könnte zudem als überstürzte Reaktion auf die Ablehnung der Sonderregelung interpretiert werden. Zur Zeit laufen über internationale Organisationen Gespräche, um abzuklären, ob und welche Weiterwanderungsmöglichkeiten in Drittstaaten für Tamilen bestehen. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten hat daneben zugesagt, mit weiteren europäischen Staaten eine Gleichschaltung der Politik gegenüber Sri Lanka zu versuchen.

Das Departement wird im Verlaufe des Herbstes eine allfällige Aufhebung des Rückschaffungsstopps überprüfen.

4. Weiteres Vorgehen

Wir sind der Auffassung, dass der Strategie der raschen Behandlung der neuen Fälle verbunden mit einer konsequenten Wegweisungspraxis nach wie vor erste Priorität zukommen muss. Die europäischen Staaten sind sich darin einig, dass nur dadurch mittel- und langfristig eine Senkung der Asylbewerberzahlen zu erreichen ist.

Beilagen erwähnt

Die bisherige Wegweisungspraxis wird auch in alten Fällen beibehalten, wobei eigentliche Härtefälle flexibel behandelt werden sollen.

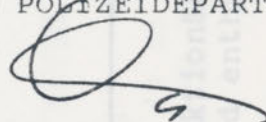
Weigern sich Kantone, Wegweisungen zu vollziehen, so soll dies nicht zu Lasten des Bundes geschehen. Ausländer, die nach Auffassung eines Kantons nicht ausgeschafft werden sollen, sind dem entsprechenden Ausländerkontingent anzurechnen; allenfalls kann eine Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen beantragt werden, wobei die Unterstützungskosten zu Lasten des Kantons gehen. Die Internierung soll nur dann in Frage kommen, wenn die Ausschaffung technisch undurchführbar ist, weil keine Reisepapiere beschafft werden können oder seit Erlass eines rechtskräftigen Entscheides hinsichtlich der Zumutbarkeit neue Tatsachen geltend gemacht werden.

Das Parlament ist pro memoria immer wieder darauf hinzuweisen, dass ohne massive Verstärkung der Grenzpolizeiorgane eine wirksamere Kontrolle an unseren Landesgrenzen nicht möglich ist.

Wir beantragen, dass die dargelegten Grundsätze die Basis bilden für die Gespräche des Bundesrats mit den Regierungsparteien.

Die Eingabe des Kantons Waadt betreffend die Schaffung von Durchgangszentren unter der Verantwortung des Bundes und den Einsatz von Truppen der Armee bildet Gegenstand eines separaten Berichtes.

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT



Beilagen erwähnt

	6'430'000	4'109'000
TOTAL CH	6'430'000	4'109'000
PRO	2'321'000	518'600
(SZ, FR, AR, SO, TI, VD, VS, NE, GE, JU)	(36%)	(5%)
CONTRA	4'109'000	518'600
(ZH, BE, LU, UR, OW, NW, OL, ZG, SO, BS, BL, SH, AI, GR, AG, TG)	(64%)	(5%)

1) Ohne Internat. Funktionäre und Grenzpolizei
2) Im Ausländerbestandeskontingent
3) Juli 1985

Regierungskonferenz vom 27. August 1985 zur Sonderregelung;
Zahlenmässige Bedeutung des Abstimmungsergebnisses

	Gesamtbevölkerung ¹⁾	Ausländer ¹⁾	Ausländeranteil	Anerkannte Flüchtlinge ²⁾	Asylbewerber (hängig BAP)		Arbeitslosenquote ³⁾
					1.1.83	1.1.84	
<u>TOTAL CH</u>	6'430'000	932'386	14,5	31'201	2'101	5'807	13'975
<u>PRO</u> (SZ, FR, AR, SG, TI, VD, VS, NE, GE, JU)	2'321'000 (36%)	413'765 (44%)	17,8	11'168 (36%)	1'212 (58%)	3'056 (53%)	6'485 (46%)
<u>CONTRA</u> (ZH, BE, LU, UR, OW, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, SH, AI, GR, AG, TG)	4'109'000 (64%)	518'621 (56%)	12,6	20'033 (64%)	889 (42%)	2'751 (47%)	7'490 (54%)

1) Ohne internat. Funktionäre, Saisoniers und Grenzgänger (31.12.84)

2) Im Ausländerbestand enthalten

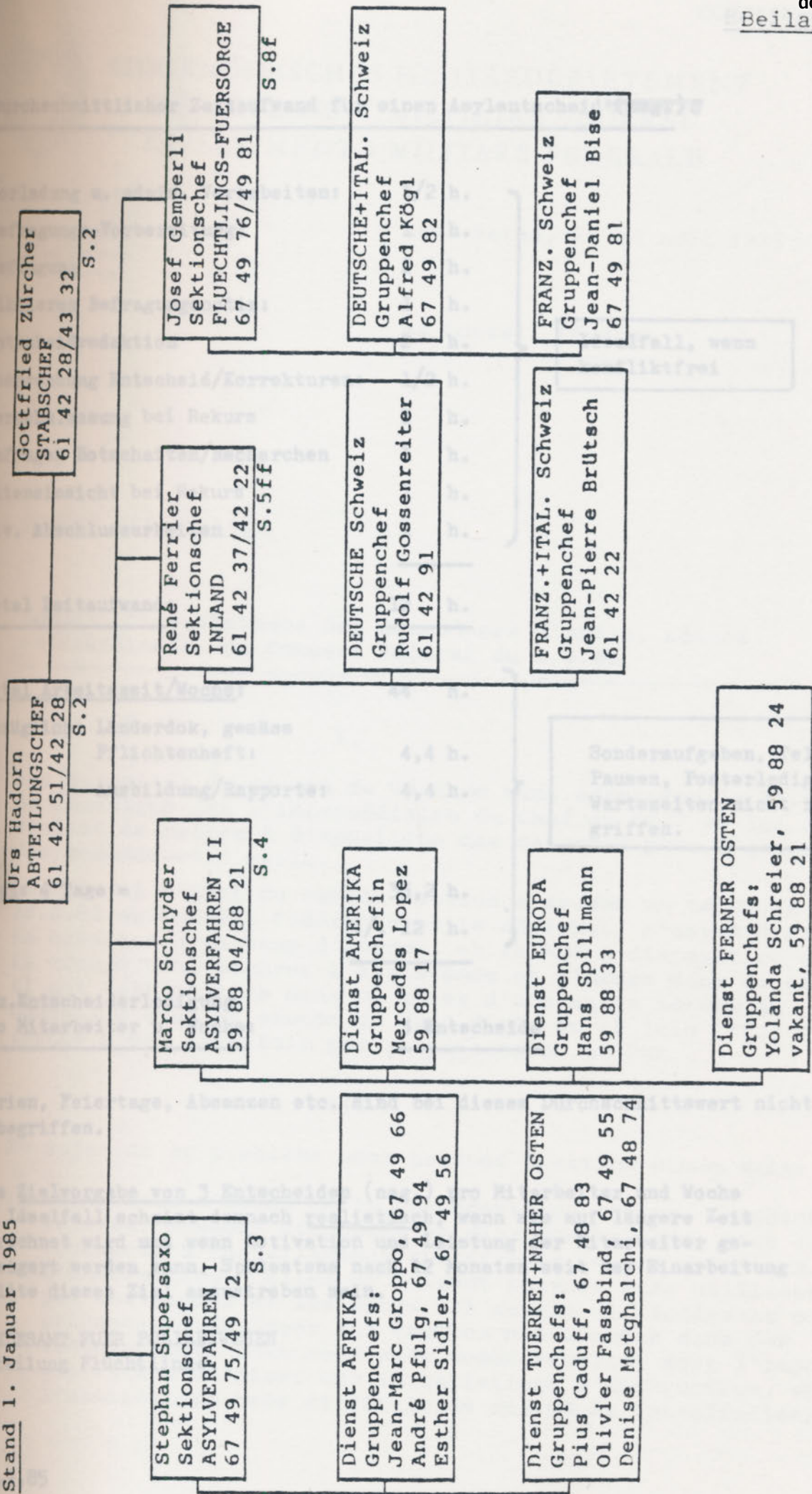
3) Juli 1985

Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten in der Abteilung FLÜECHTLINGE

Stand 1. Januar 1985

 Bundesamt für Polizeiwesen
Office fédéral de la police
Ufficio federale di polizia

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Département fédéral de justice et police
Dipartimento federale di giustizia e polizia



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT

Durchschnittlicher Zeitaufwand für einen Asylentscheid ~~(neg.)~~

DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

Vorladung u. admin. Vorarbeiten:	1/2 h.
Befragungs-Vorbereitung:	1 h.
Befragung	2 h.
Diktieren Befragungsnotiz:	1 h.
Entscheidredaktion	2 h.
Besprechung Entscheid/Korrekturen:	1/2 h.
Vernehmlassung bei Rekurs	2 h.
Anfragen Botschaften/Recherchen	1 h.
Akteneinsicht bei Rekurs	1 h.
Div. Abschlussarbeiten	1 h.

Idealfall, wenn konfliktfrei

<u>Total Zeitaufwand:</u>	<u>12 h.</u>
---------------------------	--------------

<u>Total Arbeitszeit/Woche:</u>	<u>44 h.</u>
---------------------------------	--------------

abzüglich: Länderdok, gemäss Pflichtenheft:	4,4 h.
Ausbildung/Rapporte:	4,4 h.

Sonderaufgaben, Telef., Pausen, Posterledigung, Wartezeiten nicht inbe- griffen.

<u>Rest: 4 Tage =</u>	<u>35,2 h.</u>
-----------------------	----------------

<u>./. 12 h.</u>

<u>Max. Entscheiderledigung pro Mitarbeiter u. Woche:</u>	<u>3 Entscheide</u>
---	---------------------

Ferien, Feiertage, Absenzen etc. sind bei diesem Durchschnittswert nicht inbegriffen.

Die Zielvorgabe von 3 Entscheiden (neg.) pro Mitarbeiter und Woche im Idealfall scheint demnach realistisch, wenn sie auf längere Zeit berechnet wird und wenn Motivation und Leistung der Mitarbeiter gesteigert werden kann. Spätestens nach 12 Monaten seit der Einarbeitung sollte dieses Ziel anzustreben sein.

BUNDESAMT FUER POLIZEIWESEN
Abteilung Flüchtlinge



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No 0360.1/85

In der Antwort anzugeben
A rappeler dans la réponse
Ripeterlo nella risposta

3003 Berne, le 30 août 1985

Au Conseil Fédéral

Papier explicatif

Accueil et assistance des demandeurs d'asile, séance
extraordinaire du Conseil Fédéral du 2.9.85

I.

Les autorités du canton de Vaud se sont adressées le 16.7.85 au soussigné par l'intermédiaire du Chef du DFJP en lui demandant de mettre à disposition des casernes pour l'accueil des demandeurs d'asile.

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud a dressé un télex le 28.8.85 au Conseil Fédéral dans le même but, c'est-à-dire la création d'un camp d'accueil et la mise à disposition de la troupe pour assurer l'assistance et l'ordre dans ce camp. Il est fait mention dans ce télex d'une autre lettre du Conseil d'Etat du canton de Vaud datée du 19 juin 1985; cette lettre n'est toutefois pas en possession du DMF.

II.

Au sujet de ce problème nous prenons position comme suit:

1. Les places d'armes de la Confédération (Bière, Chamblon, Payerne, Moudon) disposent en plus des casernes pour le logement, d'installations spécifiques, voire coûteuses, d'instruction. Celles-ci doivent pouvoir être utilisées par les écoles et les cours. Il serait difficilement compréhensible de loger les troupes mentionnées dans des cantonnements communaux avec comme résultat soit l'impossibilité d'utiliser ces installations d'instruction, soit l'utilisation très difficile de ces mêmes installations.

Ceci est également valable, mais d'une manière plus prononcée, pour les cantonnements de la troupe sur les places de tir Les Rochat et Petit Hongrin. Si la troupe devait loger ailleurs, cela entraînerait de longs et coûteux déplacements.

Le plus facile serait de libérer les casernes de la Confédération à Vallorbe. Mais le problème ne serait pas pour autant résolu. Comme le laissent supposer les explications des autorités vaudoises, la résistance vis-à-vis des demandeurs d'asile augmente justement de la part des autorités communales et de la population.

2. Dans le canton de Vaud, en plus des casernes et des cantonnements pour la troupe appartenant à la Confédération, il existe de nombreuses autres possibilités de logements, cantonnements n'appartenant pas à la Confédération. Le document annexé donne les renseignements à ce sujet.

Il ne serait pas impossible de loger à titre provisoire les demandeurs d'asile dans de tels cantonnements n'appartenant pas à la Confédération, pour autant que, selon le plan d'occupation jusqu'à fin 1986, la troupe ne les ait pas déjà réservés. Dans chacun des cas il faudrait discuter et régler le problème avec l'office de coordination des cantonnements de la division places d'armes et de tir de l'état-major du groupement de l'instruction. Dans le même ordre d'idées il faudrait aussi examiner, dans le cas d'une réservation déjà effectuée, les possibilités de mettre la troupe ailleurs.

Il faut encore remarquer que l'art.30 de l'organisation militaire de la Confédération suisse qui dit que les communes ont le devoir de céder à la troupe des cantonnements ne serait pas applicable dans ce cas. Il s'agirait ici de l'occupation par contrainte de locaux n'appartenant pas à la Confédération par des demandeurs d'asile et non plus de l'accueil de la troupe. Il faudrait avoir l'accord des propriétaires de ces cantonnements.

3. La lettre du Conseil d'Etat du canton de Vaud du 28.8.85, citée ci-dessus, prévoit cependant un camp d'accueil avec la mise à disposition par l'armée de la troupe pour assurer l'assistance et l'ordre dans ce camp. Le service d'assistance de l'armée serait en mesure techniquement et du point de vue organisation de le faire. Les formations du service d'assistance sont composées de soldats du service complémentaire. La durée de leur service d'instruction est très courte. Au total elle atteint 100 jours pour chaque homme astreint. Ce chiffre n'a qu'une valeur théorique, car il faut pour chaque homme définir le nombre de jours déjà effectués et le nombre de jours qu'il reste à effectuer.

En tout cas, il est certain que sur la base du service d'instruction, une présence permanente n'est de loin pas réalisable. Un tel camp serait créé et utilisé pendant une durée inconnue - très probablement pendant des années. Cela ne serait réalisable que sous le titre de service actif, où toutes les compagnies d'assistance et les groupes d'assistance seraient engagés selon un mode de relève approprié. A ce sujet et dans un tel cas, les suppositions juridiques (CF et OM) pour ordonner le service actif ne seraient pas données. Il manque une menace évidente aussi bien extérieure qu'intérieure mettant en danger la paix et l'ordre.

Selon l'art 102, chiffre 11, CF le Conseil fédéral ne peut de sa propre compétence commander des troupes pour le service actif que si le nombre de soldats ne dépasse pas 2000 et la durée du service 3 semaines. Mais, comme nous l'avons vu, l'action pourrait s'étendre sur une longue période, il faudrait donc l'accord des Chambres fédérales.

Si dans d'autres parties du pays de tels camps d'accueil devaient être créés et exploités, les différentes compagnies engagées devraient effectuer un service de plus longue durée.

La durée du service militaire pour les membres du service d'assistance prendrait une telle ampleur qu'il ne serait plus comparable au service normal d'instruction des autres militaires. Cela pourrait entraîner des effets néfastes sur l'état d'esprit de la troupe.

4. Selon l'art 203, alinéa 1 de l'organisation militaire les cantons disposent pour le maintien de la paix et de l'ordre à l'intérieur des forces de l'ordre de leur territoire. Sous le titre "forces de l'ordre" ne se trouvent pas seulement les troupes cantonales proprement dites (formations de l'infanterie) selon art 153 OM, mais aussi les militaires de leur canton incorporés dans des formations fédérales ou dans des formations d'autres cantons. En tenant compte de ce qui a été dit auparavant sous chiffre 3, le canton cité a aussi la compétence théorique de lever des troupes. Ceci n'est mentionné que pour information complète.
5. En vertu de ce qui précède le DMF en résumé arrive aux conclusions suivantes:
 - 5.1 L'accueil de demandeurs d'asile dans des cantonnements n'appartenant pas à la Confédération et sur le territoire du canton de Vaud semble possible à condition de disposer de l'accord des propriétaires.

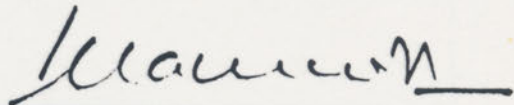
5.2 La création et l'exploitation d'un camp d'accueil par le service d'assistance de l'armée pour les demandeurs d'asile serait du point de vue technique et d'organisation également possible. Il manque cependant ici les bases légales nécessaires. Une telle solution semble de ce fait irréalisable.

5.3 Une autre possibilité d'accueil et d'assistance des demandeurs d'asile par la troupe et l'armée n'existe pas.

En particulier, il ne faut pas prendre en considération d'accueillir les demandeurs d'asile de la même manière que les militaires soviétiques capturés par les résistants afghans et gardés par des troupes combattantes au Zugerberg. Cela signifierait un accueil et une surveillance derrière du fil de fer barbelé entraînant une garde effectuée avec de la munition de combat. De telles formations n'ont aucune expérience du service d'assistance.

5.4 Même s'il était possible que l'armée accueille, assiste et surveille les demandeurs d'asile, le véritable problème, c'est-à-dire celui de "l'acceptation" de la part de la population locale et des autorités locales, ne serait pas, comme auparavant, résolu. Il subsisterait et rien n'aurait été gagné. Il faudrait même s'attendre à ce que l'armée elle-même soit la cible des animosités des personnes citées ci-dessus. Cela pourrait avoir une influence néfaste sur la motivation des soldats concernés. Un tel développement de la situation n'avantagerait personne. En vertu de ce qui précède il faut aussi conseiller de renoncer à l'accueil de demandeurs d'asile dans la caserne de Vallorbe.

DEPARTEMENT MILITAIRE FEDERAL



Annexes

J.-P. Delamuraz

Extrait de la liste des cantonnements militaires

Schweizerische Armee
Armée suisse
Esercito svizzero

Reglement
 Règlement 51.3/VI dfi
 Regolamento

○ **Verzeichnis der Truppenunterkünfte**
Liste des cantonnements
Elenco degli accantonamenti

Cat. A Casernes et cantonnements appartenant à la Confédération ou dont l'usage est réglé par contrat.
 (Demandes à l'EM Grütli pl armes ou au OFAM Dübendorf; pour d'autres renseignements et pour les reconnaissances, s'adresser aux intendances locales).

Cat. B Cantonnements communaux ou privés dont l'usage est réglé par une convention avec le COB.
 (Demandes aux communes ou aux propriétaires).
 Demandes d'ouverture de Foyer: les adresser par écrit, 2 mois à l'avance, au «Schweizer Verband Volkedienst», case postale 124, 8032 Zurich.
 Le nombre des places peut être augmenté si l'occupation est de courte durée.

Coordination
 Ufficio di coordinazione conformemente all'indirizzo (allegato al regl 51.23 IOT 60).

○ **Gültig ab**
Valable dès le 1.1.1982
Valevole dal

Geht an / Va à / Va a:

- alle Empfänger des Verwaltungsreglements
- tous les destinataires du règlement d'administration
- tutti i destinatari del regolamento d'amministrazione

Bemerkungen:

Koord St Koordinationsstelle gemäss Adressenverzeichnis (Beilage zu Regl 51.23 AOT 80).

Kat A Kasernen und Truppenlager, die entweder dem Bund gehören oder für deren Benützung eine vertragliche Regelung besteht.
(Anforderung beim Stab GA/AWP bzw BAMF Dübendorf; für Auskünfte und Rekognoszierungen stehen die örtlichen Verwaltungen zur Verfügung.)

Kat B Besonders ausgebaute Gemeinde- und Privatunterkünfte, für deren Benützung eine Vereinbarung mit dem OKK besteht.
(Anforderung bei der Gemeinde oder beim Eigentümer.)

Gesuche um Öffnung der Soldatenstube sind 2 Monate vor der Belegung schriftlich zu richten an: Schweizer Verband Volksdienst, Postfach 124, 8032 Zürich.

** Für kurze Dauer ist eine Erhöhung der Belegungszahl möglich.

Remarques

Of coord Office de coordination selon le catalogue des adresses (annexe au règl 51.23 IOT 80).

Cat A Casernes et cantonnements appartenant à la Confédération ou dont l'usage est réglé par contrat.
(Demandes à l'EM GI/div pl armes ou au OFAM Dübendorf; pour d'autres renseignements et pour les reconnaissances, s'adresser aux intendances locales).

Cat B Cantonnements communaux ou privés dont l'usage est réglé par une convention avec le CCG.
(Demandes aux communes ou aux propriétaires).

Demandes d'ouverture de Foyer: les adresser par écrit, 2 mois à l'avance, au «Schweizer Verband Volksdienst», case postale 124, 8032 Zurich.

** Le nombre des places peut être augmenté si l'occupation est de courte durée.

Osservazioni

Uf coord Ufficio di coordinazione conformemente all'Indirizzario (allegato al regl 51.23 IOT 80).

Cat A Caserme e accantonamenti appartenenti alla Confederazione o l'uso dei quali è regolato da contratto.
(Richieste allo SM AI/div pz d'armi o all' UFAEM Dübendorf; per informazioni e ricognizioni, rivolgersi alla rispettiva intendenza).

Cat B Accantonamenti di proprietà dei comuni o di privati, il cui uso è regolato da speciale convenzione stipulata con il CCG.
(Richiesta da indirizzare al comune e al proprietario).

Richieste per l'apertura delle case del soldato vanno indirizzate per iscritto al «Schweizer Verband Volksdienst», casella postale 124, 8032 Zurigo, 2 mesi prima dell'occupazione.

** Il numero dei posti disponibili può essere aumentato in caso di occupazione di breve durata.

Ort Lieu Luogo	Koordinat Of coord Ul coord	Nähere Bezeichnung Designation Denominazione	Kategorie Cat Catt	Mann Hommes Uomini
1950 Sion		Abri de l'école St-Guérin, ancien hôpital, école de Valère	B	456
1891 Torgon	10	Hôtel de Torgon (R. Salla)	B	170
3946 Turtmann	11	Truppenlager BAMB: Bochten, Tennen	A	390
3988 Ulrichen	11	Truppenlager BAMB: Rhonesand, Im Loch	A	320
1873 Val d'Illiez	10	Ferienlager Aegina	B	120
		Chalets Cailleux, Rey-Bellet aux Crosets	B	150
		Chalet Montriond	B	124
		Chalet du Ski-Club	B	100
1904 Vernayaz		(M. Horlacher, président 1844 Villeneuve)		
3930 Visp	10	Ancienne fabrique Lonza	B	110
1896 Vouvy	11	Turnhalle	B	142
3961 Zinal	10	Cantonnement	B	144
	11	Maison de Jeunesse (E. Fracheboud, avenue d'Europe 18, 1870 Monthey)	B	110
3901 Zwischenbergen	11	Truppenlager «Furgge» (Verwaltung: Fest Sektor 123, 3900 Brig)	A	136
Vaud				
1860 Aigle	10	Les Gliariers	B	300
1261 Arzier	2	Bâtiment communal	B	123
1580 Avenches	1	Colonie de vacances «La Rencontre»	B	60
1446 Baulmes	1	Bâtiments communaux	B	140
1880 Bex	10	La Cantine	B	100
		Hôtel des Salines	B	140
		(M. Meili, Société de l'Hôtel des Salines S.A., 1880 Bex)		
1145 Bière	2	Gaserne	A	1470
1348 Brassus, Le	2	Collèges	B	124
1349 Breguettaz, La	2	Restaurant La Breguettaz (F. Mathys)	B	100
1884 Bretaye	10	Maison militaire	B	182
1076 Chêlet-à-Gobet	1	Cantonnement (Administration: Service des Armes du Canton de Vaud, 1110 Morges)	A	170
1436 Chamblon	1	Gaserne	A	600
1441 Champvent	1	Salle communale	B	100
1373 Chavornay	1	Caserne	B	112
1304 Cossonay	2	Bâtiment administratif	B	115
1023 Crissier	1	Cantonnement STPA	B	** 120
1588 Cudrefin	1	Protection civile	B	150
1997 Dey, Le	1	Centre d'instruction (Administration: Intendance de la place d'armes de Chamblon)	A	140
1865 Diablerets, Les	10	Centre des vacances Les Diablerets	B	180
1040 Echallens	1	Protection civile	B	104

Ort Lieu Luogo	Koordinat Of coord Ul coord	Nähere Bezeichnung Designation Denominazione	Kategorie Cat Catt	Mann Hommes Uomini
1024 Ecublens	1	Cantonnement STPA	B	** 14
1861 Forclaz, La	10	Ancien collège	B	10
1600 Levenne	1	Gaserne	A	50
1854 Leysin	1	Baraque au stand, Restaurant du Nord	B	18
1351 Lignerolle	1	Hôtel «Les Chamois»	B	20
1522 Lucens	1	Moutonnerie	B	8
1510 Moudon	1	Bâtiment du Casino-Stand	B	12
		Ancien arsenal, Auberge de la Bouane, Pétrolière	B	300
1350 Orbe	1	Gaserne	A	704
1041 Oulens-sous-Echallens	1	Caserne	B	14
1530 Payerne	1	Bâtiment communal	B	100
		Gaserne (aviation)	A	57
		Gaserne (DGA)	A	504
		Camp DGA	A	211
Petit Hongrin:	1			
Jacquemin		Camp	A	66
Le Joret		Camp (Administration:	A	66
La Lécherette		Camp Arsenal fédéral:	A	122
Pierre-du-Moelle		Camp 1969 Aigte)	A	64
Grande-Ayerie		Camp	A	66
1881 Plans-sur-Bex, Les	10	Hôtel des Martinets (Bernard Buro)	B	100
1342 Pont, Le	2	Pension de famille «Grand hospice» (Schweiz. Verein für Familienherbergen, Gelterkinden)	B	100
1009 Pully	1	Cantonnement STPA	B	** 120
1351 Rances VD	1	Cantonnement STPA	B	** 140
1451 Rasses, Les	1	Colonie de vacances (F. Joseph, scierie, 1451 L'Auberson)	B	200
Rochat, Les	1	Camp (Intendance de la place d'armes de Chamblon, 1400 Yverdon)	A	168
1180 Rolle	2	Bâtiment communal «La Prairie»	B	110
1890 St-Maurice	10	Gasernes	A	985
1065 Thierrens	1	Salle communale	B	140
1997 Veiforbe	1	Gaserne	A	146
1400 Yverdon	1	Caserne (Canton de Vaud)	B	300
Zug				
6340 Baar	8	Militärunterkunft Wiesental	B	240
6330 Cham	8	Schulhaus Städtli	B	150
		Sanitätshilfsstelle	B	80
6313 Menzingen	8	Turnhalle	B	120
6315 Oberägeri	8	Altes Schulhaus	B	128
6343 Roikreuz	8	Neues Schulhaus	B	136
6312 Steinhausen	8	Turnhalle	B	120
6314 Unterägeri	8	Ferienheim und Militärunterkunft Moos	B	132
6318 Walchwil	8	Zivilschutzanlage	B	20



Stab der Gruppe für Ausbildung
 Etat-major du groupement de l'instruction
 Stato maggiore dell'aggruppamento dell'istruzione

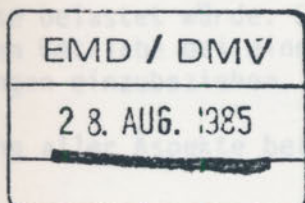
3003 Bern 26. August 1985

Papiermühlestrasse 14

(031) 67

Ihr Zeichen
 Votre référence
 Vostro riferimento

0360.1/85



Direktion der Eidg. Militärverwaltung (2)

Unser Zeichen
 Notre référence
 Nostro riferimento

Ha/Ri

AUSBILDUNGSCHIEF

Benützung von Kasernen für die Unterbringung von Asylbewerbern

Korpskommandant R. Nabillard

Sie unterbreiteten mir eine Eingabe des Chefs du département de la prévoyance sociale et des assurances du Canton de Vaud vom 16.7.1985 betreffend die Verwendung bundeseigener Kasernen für die Unterbringung von Asylbewerbern.

Ich erlaube mir dazu folgende Stellungnahme:

Die bundeseigenen Waffenplätze im Kanton Waadt (Bière, Chamblon, Payerne, Moudon) können für diesen Zweck nicht zur Verfügung gestellt werden, da die betreffenden Schulen und Kurse, schon allein wegen den spezifischen Ausbildungsanlagen, standortgebunden sind. Es wäre undenkbar, in diesen Kasernen Asylbewerber unterzubringen und die militärischen Schulen in Gemeindeunterkünften mit zum Teil WK Verhältnissen unterzubringen, wo die erforderlichen Anlagen für die Ausbildung fehlen.

Aehnliches gilt für die bundeseigenen Truppenlager auf den Schiessplätzen Les Rochat und Petit Hongrin. Diese werden für die Unterbringung der auf dem Schiessplatz eingesetzten Truppen benötigt. Die Truppenlager für Asylbewerber zur Verfügung stellen, würde heissen, dass die auf dem Schiessplatz tätigen militärischen Schulen und Kurse jeden Tag eine mehr oder weniger aufwendige Anfahrt inkauf nehmen müssten. Ein Nebeneinander von Truppe und Asylbewerbern in den entsprechenden Unterkünften ist nicht realistisch.

Am ehesten könnte die bundeseigene Kaserne von Vallorbe für einen solchen Zweck freigemacht werden, da die dort stationierte Rekruteneinheit der RS Chamblon in einer Gemeindeunterkunft in der Umgebung des Waffenplatzes Chamblon untergebracht werden könnte.

Eine solche Zweckentfremdung der Kaserne würde indessen zu Problemen mit der Gemeinde Vallorbe führen. Wir müssten damit rechnen, dass die Behörden von Vallorbe opponieren würden und sich die ganze Auseinandersetzung schlussendlich zulasten EMD auswirken würde. Auch muss mit Konsequenzen für andere Waffenplatzkantone gerechnet werden, indem sich diese ebenfalls gegen eine Zweckentfremdung "ihrer" Kaserne verwahren, oder aber gleiches Recht fordern würden.

VERTRAULICH



- 2 -

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

Eine solche Lösung könnte deshalb nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn eine zwingende Notwendigkeit für eine Hilfeleistung an den Kanton Waadt bestehen würde und wenn sichergestellt ist, dass durch eine Unterbringung von Asylanten in der Kaserne das Verhältnis zwischen Gemeinde Vallorbe und EMD in keiner Weise belastet würde. Schlussendlich wären auch die Kostenfrage und die weiteren Umtriebe bei einer anderweitigen Unterbringung der Rekruten in die Erwägungen einzubeziehen.

In Würdigung aller Aspekte beantragen wir, das Begehren des Kantons Waadt abzulehnen.

Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern :

AUSBILDUNGSCHEF

a.o. Sitzung des Bundesrates vom 2.9.85.

sig.

Korpskommandant R. Mabillard

Beilagen:

Uebersicht über die Belegung der Kaserne Vallorbe 1985 und 1986

II.

Wir sehen zum Problem wie folgt Stellung:

- Die bundeseigenen Waffenplätze im Kanton Waadt (Bière, Chambion, Payerne, Nooillon) umfassen ausser den Kasernenunterkünften ganz spezifische und zum Teil aufwendige Ausbildungsanlagen. Diese müssen von den betreffenden Schulen und Kursen benützt werden können. Es liess sich nicht vertreten, die erwähnten Truppen anderweitig in Gemeindeunterkünften unterzubringen mit dem Ergebnis, dass diese dann die Ausbildungsanlagen nicht mehr oder nur noch unter sehr erschwerenden Bedingungen benützen könnten.

VERTRAULICH



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No 0360.1/85

3003 Bern, 30. August 1985

In der Antwort anzugeben
 A rappeler dans la réponse
 Ripeterlo nella risposta

An den Bundesrat

Aussprachepapier

Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern ;

a.o. Sitzung des Bundesrates vom 2.9.85.

I.

Die Behörden des Kantons Waadt wandten sich am 16.7.85 auf dem Weg über die Vorsteherin des EJPD an den Unterzeichneten mit dem Ersuchen, es seien für die Unterbringung von Asylbewerbern Kasernen zur Verfügung zu stellen.

Am 28.8.85 richtete der Staatsrat des Kantons Waadt ein Fernschreiben (Telex) an den Bundesrat, worin für den gleichen Zweck um die Errichtung eines Auffanglagers sowie um die Zurverfügungstellung von Truppen nachgesucht wurde, um die Betreuung und die Ordnung im Lager sicherstellen zu können.

Im vorhin erwähnten Telex wird ausserdem auf ein weiteres Schreiben des Staatsrates des Kantons Waadt vom 19.6.1985 Bezug genommen, welches sich jedoch nicht im Besitze des EMD befindet.

II.

Wir nehmen zum Problem wie folgt Stellung:

1. Die bundeseigenen Waffenplätze im Kanton Waadt (Bière, Chamblon, Payerne, Moudon) umfassen ausser den Kasernenunterkünften ganz spezifische und zum Teil aufwendige Ausbildungsanlagen. Diese müssen von den betreffenden Schulen und Kursen benützt werden können. Es liesse sich nicht vertreten, die erwähnten Truppen anderweitig in Gemeindeunterkünften unterzubringen mit dem Ergebnis, dass diese dann die Ausbildungsanlagen nicht mehr oder nur noch unter sehr erschwerten Bedingungen benützen könnten.

Das gleiche gilt in vermehrter Masse auch für die bundeseigenen Truppenlager auf den Schiessplätzen Les Rochat und Petit Hongrin. Hier müssten darüber hinaus von der Truppe tägliche und zum Teil besonders lange und aufwendige Verschiebungen in Kauf genommen werden. Am ehesten könnte allenfalls noch die bundeseigene Kaserne Vallorbe freigegeben werden. Damit wäre aber das eigentliche Problem nach wie vor nicht gelöst. Wie sich den Ausführungen der Waadtländer Behörden entnehmen lässt, erwächst der Widerstand gegen Aufnahme von Asylbewerbern gerade von seiten der Behörden und der Bevölkerung der Gemeinden.

2. Im Gebiete des Kantons Waadt sind ausser den erwähnten bundeseigenen Kasernen und Truppenlagern noch zahlreiche weitere, nicht bundeseigene Truppenunterkünfte vorhanden. Hierüber gibt das beiliegende Verzeichnis Auskunft.

Es wäre an sich nicht ausgeschlossen, Asylbewerber in solchen nicht bundeseigenen Truppenunterkünften vorübergehend unterzubringen, soweit diese im Rahmen der bis Ende 1986 abgeschlossenen Belegungsplanung nicht bereits für Truppen reserviert sind. Das müsste in jedem einzelnen Fall in Verbindung mit der Dienststelle Belegungskoordination der Abteilung Waffen- und Schiessplätze im Stab der Gruppe für Ausbildung gesondert abgeklärt werden. Im gleichen Zusammenhang wäre auch zu prüfen, ob im Falle einer bereits erfolgten Reservation Ausweichmöglichkeiten bestehen oder nicht.

Der guten Ordnung halber muss indessen darauf hingewiesen werden, dass Art. 30 der Militärorganisation der Schweizerischen Eidgenossenschaft, wonach die Gemeinden unter anderem verpflichtet sind, den Truppen Unterkunft zu gewähren, in einem solchen Falle nicht anwendbar wäre. Hier ginge es nämlich um die zwangsweise Belegung einer nicht dem Bunde gehörenden Unterkunft für Asylbewerber und nicht um die Unterbringung einer Truppe. Das Einvernehmen mit dem Eigentümer der Truppenunterkunft müsste hergestellt werden können.

3. Das obenerwähnte Schreiben des Staatsrates des Kantons Waadt vom 28.8.1985 zielt nun aber darauf ab, ein Aufanglager mit dem dazu erforderlichen militärischen Betriebs- und Bewachungspersonal einzurichten. Dazu wäre der militärische Betreuungsdienst rein technisch und organisatorisch in der Lage. Die Formationen des militärischen Betreuungsdienstes sind aus Hilfsdienstpflichtigen zusammengesetzt. Deren Verpflichtung zur Leistung von Instruktionsdiensten ist sehr begrenzt. Sie beträgt für den einzelnen Truppenangehörigen im Maximum 100 Tage. Diese Zahl ist aber nur von theoretischem Wert, da bei jedem einzelnen Wehrmann festgestellt werden muss, wieviele Dienstage er bereits geleistet hat und wieviele er noch "schuldig" ist.

Sicher ist jedenfalls, dass auf der Grundlage des Instruktionsdienstes eine Permanenz bei weitem nicht erreicht werden könnte. Es müsste sich ja darum handeln, ein solches Lager für unbestimmte Zeit - möglicherweise während Jahren - im Betrieb zu halten. Das liesse sich nur unter dem Titel des aktiven Dienstes realisieren, wobei sämtliche vorhandenen Betreuungskompagnien und -Abteilungen in einen entsprechenden Ablösungsturnus einbezogen werden müssten.

Hinzukäme, dass in einem solchen Fall die rechtlichen Voraussetzungen (BV und MO) für die Anordnung eines aktiven Dienstes kaum als gegeben angesehen werden können. Es fehlt an einer ausgesprochenen Bedrohungssituation sowohl von aussen wie auch in Bezug auf die Wahrung von Ruhe und Ordnung im Innern. Gemäss Art. 102, Ziff. 11 BV ist der Bundesrat in eigener Kompetenz nur dann befugt, Truppen zum aktiven Dienst aufzubieten, sofern die aufgebotenen Truppen 2000 Mann nicht übersteigen oder das Aufgebot nicht länger als 3 Wochen dauert. Da nun aber, wie wir gesehen haben, die Aktion sich über längere Zeit erstrecken könnte, müsste die Zustimmung der Eidg. Räte erwirkt werden.

Sollte es später nötig werden, auch in anderen Teilen unseres Landes solche Auffanglager zu errichten und zu betreiben, so müssten für die einzelnen Kompagnien immer längere Ablösungsdienste angeordnet werden. Die einseitige militärische Beanspruchung der Angehörigen des Betreuungsdienstes könnte dadurch im Lauf der Zeit Ausmasse annehmen, die mit den ordentlichen Instruktiondienstleistungen aller anderen Angehörigen der Armee in keinem vernünftigen Verhältnis mehr stehen würden. Das könnte nicht ohne nachteilige Auswirkungen auf die Stimmung in der Truppe bleiben.

4. Gemäss Art. 203, Abs. 1 der Militärorganisation verfügen die Kantone zur Wahrung von Ruhe und Ordnung im Innern über die Wehrkraft ihres Gebietes. Unter den Begriff "Wehrkraft" fallen nicht nur die eigentlichen kantonalen Truppen (Verbände der Infanterie) gemäss Art. 153 MO, sondern auch in eidgenössischen Formationen oder Formationen anderer Kantone eingeteilte Wehrmänner des betreffenden Kantons.

Mit Rücksicht auf das, was unter Ziffer 3 hievor ausgeführt worden ist, besitzt auch die zitierte kantonale Aufgebotskompetenz nur theoretischen Wert und wird daher nur der Vollständigkeit halber hier aufgeführt.

5. Gestützt auf die vorstehenden Darlegungen gelangt das EMD zusammenfassend zu nachstehenden Schlussfolgerungen:

Auszug Verzeichnis der Truppenunterkünfte

- SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
- 5.1. Eine Unterbringung von Asylbewerbern in nicht bundeseigenen Truppenunterkünften im Gebiete des Kantons Waadt scheint unter der Voraussetzung einer Einigung mit den Eigentümern möglich.
- 5.2. Die Errichtung und der Betrieb eines Auffanglagers durch den militärischen Betreuungsdienst zur Unterbringung von Asylbewerbern wäre rein technisch-organisatorisch möglich. Es fehlen indessen die hierfür erforderlichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen. Eine solche Lösung erscheint daher unrealistisch.
- 5.3. Andere Möglichkeiten, Asylbewerber durch Truppen der Armee unterzubringen und zu betreuen bestehen nicht.
Insbesondere kann aber auch nicht in Betracht gezogen werden, Asylbewerber in gleicher Art und Weise unterzubringen und zu bewachen, wie dies durch Kampftruppen auf dem Zugerberg für die sowjetischen "Kriegsgefangenen" geschieht. Das würde eine Unterbringung und Bewachung hinter Stacheldraht und unter Verwendung von Kampfmunition nach sich ziehen. Solche Verbände haben keine Erfahrung mit Betreuungsaufgaben.
- 5.4. Selbst wenn es möglich wäre, die Unterbringung, Betreuung und Bewachung von Asylbewerbern durch Truppenverbände der Armee sicherzustellen, wäre damit das eigentliche Problem, nämlich dasjenige der "Akzeptanz" von seiten der ansässigen Bevölkerung und der lokalen Behörden nach wie vor nicht entschärft. Es würde weiterbestehen und nichts wäre gewonnen. Es müsste sogar damit gerechnet werden, dass die Armee selbst zum Zielobjekt von Animositäten werden könnte. Das wiederum könnte sich sehr nachteilig auf die Motivation der betroffenen Wehrmänner auswirken. Mit einer solchen Entwicklung wäre niemandem gedient. Aus diesen Erwägungen muss auch von einer Unterbringung von Asylbewerbern in der Kaserne Vallorbe abgeraten werden.

EIDGENOESSISCHES MILITAERDEPARTEMENT

sig. Delamuraz

Beilage:

Auszug Verzeichnis der Truppenunterkünfte



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

3003 Berne, 2 septembre 1985

Note à Madame et Messieurs les Conseillers fédéraux

Renseignements pris aujourd'hui auprès de la Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud, il est apparu que la lettre du 19 juin 1985 mentionnée dans le télex du 28 août 1985, n'est jamais partie de la Chancellerie d'Etat dudit canton. Elle a été trouvée égarée le 30 août 1985.

CHANCELLERIE FEDERALE

Le Vice-chancelier

F. Couchepin

29-8-85
III BR
EDA
EDK
E-PMG
EMG
SPD
EVD
EVED
17

Handwritten notes: "v. 20.9.85" and "Sibung"

Annexe: 1 télex

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Req. BK

je 1 Kop. un alle BK
BK+V)

- * 911191 helv ch
- * 25482 oicv ch
- * 28.08.85/12:18
- * au conseil federal - berne
- * sans reponse a notre lettre du 19 juin 1985 demandant la mise a disposition de materiel militaire, face au nombre sans cesse croissant des requerants d'asile et a l'impossibilite de les loger, nous demandons instamment au conseil federal
- * 1) la creation d'urgence d'un camps d'accueil ou les requerants d'asile pourraient etre loges.
- * 2) la mise a disposition de la troupe pour assurer l'assistance et l'ordre dans ce camps.,
- * si ces conditions ne sont pas remplies, le conseil d'etat ne sera plus en mesure d'assurer l'application de la loi federale sur l'asile dans le canton de vaud.
- * le conseil d'etat du canton de vaud

* le president: c. perey
 * le chancelier : f. payot

* 911191 helv ch
 * 25482 oicv ch

BUNDESKANZLEI	
29. 8. 85	
HH BR	
EDA	
EDI	
EJPD	
EMO	
EFD	
EVD	
EVED	
<input checked="" type="checkbox"/> BK Br. FC. AG	Req.
Empfang bestätigt:	

verteilt in Sitzung
v. 28. 8. 85

Nr.	Exp.	Ass.	Alten
1	208	2	
2	100	3	
3	140	4	
4	100	1	
5	100	1	
6	100	1	
7	100	1	
8	100	1	
9	100	1	
10	100	1	